

## **TODESSTRAFE: DIE UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN AUFRUF DER VEREINTEN NATIONEN ZU EINEM HINRICHTUNGSMORATORIUM WÄCHST WEITER**

Eine noch nie dagewesene Anzahl von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN) hat am 15. Dezember 2022 in der UN-Generalversammlung (UNGA) für eine wichtige Resolution gestimmt, die dazu aufruft, einen weltweiten Hinrichtungsstopp (Moratorium) einzuführen und die Todesstrafe perspektivisch abzuschaffen. 125 UN-Mitgliedstaaten, fast zwei Drittel aller UN-Mitglieder, stimmten für die Annahme einer neunten Resolution zum Thema Hinrichtungsmoratorium, während 37 dagegen votierten und 22 sich der Stimme enthielten. Die Resolution war von Australien und Costa Rica im Namen einer interregionalen Arbeitsgruppe von Mitgliedstaaten eingebracht worden und wurde dabei von 79 Staaten mitgetragen.

Die Unterstützung für die Resolution hat gegenüber der letzten Abstimmung im Dezember 2020 zugenommen. Mehrere Staaten änderten ihr Abstimmungsverhalten im Vergleich zum Dezember 2020 im positiven Sinne. Ghana, Liberia und Myanmar stimmten für eine Annahme, nachdem sie sich bei der Generalversammlung im Dezember 2020 der Stimme enthalten hatten. Uganda änderte sein Votum von einem „Nein“ in ein „Ja“ und Papua-Neuguinea wechselte von einem „Nein“ zu einer „Enthaltung“. Palau und die Salomonen stimmten mit „Ja“, nachdem sie vor zwei Jahren nicht an der Abstimmung teilgenommen hatten. Nach Ansicht von Amnesty International ist dies ein Zeichen dafür, dass die Gemeinschaft der UN-Mitgliedstaaten sich stetig der Ablehnung der Todesstrafe als legaler Sanktion gemäß internationaler Menschenrechtsnormen annähert.

Nach 2007 hat die UNGA insgesamt acht Resolutionen angenommen, die zur Einrichtung eines Hinrichtungsmoratoriums mit der perspektivischen Abschaffung der Todesstrafe aufrufen, und dies mit wachsender Unterstützung aus verschiedenen Regionen der Welt. Diese Resolutionen haben beachtliches moralisches und politisches Gewicht und die anhaltende Diskussion von Resolutionen zu diesem Thema hat die Aufmerksamkeit in Bezug auf die Todesstrafe als prioritäre Menschenrechtsfrage für die internationale Gemeinschaft aufrechterhalten. Die Gesamtzahl der Stimmen für diese Resolutionen ist von 104 im Jahr 2007 auf 123 im Jahr 2020 gestiegen. Die Zahl der Staaten, in denen die Todesstrafe von Amnesty International als vollständig abgeschafft eingestuft wird, ist von 90 im Jahre 2007 auf derzeit 111 angestiegen.

Dieser fortschrittliche Wandel spiegelt sich 2022 auch in Veränderungen auf nationaler Ebene wider: In der Zentralafrikanischen Republik, Kasachstan und Papua-Neuguinea wurde die Todesstrafe für alle Straftaten abgeschafft und Äquatorialguinea strich diese grausame Strafe aus seinem Strafgesetzbuch. Zudem wurden Schritte zur Reduzierung der Anwendung der Todesstrafe in mehreren anderen Staaten unternommen, unter anderem am 13. Dezember von der Gouverneurin von Oregon, Kate Brown, die alle Todesurteile in diesem US-Bundesstaat umwandelte, bevor sie aus dem Amt schied. Trotz gegenteiliger und erschreckender Nachrichten aus einigen Ländern, die diese grausame Strafe routinemäßig nach

unfairen Prozessen und zur Unterdrückung der Opposition vollstrecken, darunter Iran, Saudi-Arabien und Myanmar, geht von der überregionalen Unterstützung des Aufrufs zur Einrichtung eines Hinrichtungsmoratoriums die unmissverständliche Botschaft aus, dass sich die Welt in Richtung der Verban- nung der Todesstrafe in die Geschichtsbücher bewegt.

Bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung im Jahr 2022 änderten zwei Länder ihr Stimm- verhalten in negativer Weise. Die Demokratische Republik Kongo und Jemen waren 2020 bei der Ab- stimmung nicht anwesend und stimmten dieses Jahr mit „Nein“. Burundi, Gabun und Nigeria, die ebenfalls bei der Schlussabstimmung 2020 nicht anwesend waren, enthielten sich 2022 der Stimme.

Im Jahr 2021 wurden Hinrichtungen in einer Minderheit von Ländern registriert – es waren insgesamt 18. Von diesen Staaten, die Todesurteile vollstrecken, waren elf „notorische Henkerstaaten“, was be- deutet, dass sie in den vergangenen fünf Jahren in jedem Jahr Hinrichtungen durchgeführt haben. Dementsprechend wiederholt Amnesty International ihren Aufruf an die Regierungen derjenigen Staa- ten, die die Todesstrafe immer noch beibehalten, sofortige Schritte zu deren Abschaffung einzuleiten und an die UN-Mitgliedstaaten im Allgemeinen, für eine Verantwortlichkeit für die eklatanten Verlet- zungen des Rechts auf Leben zu sorgen, deren Zeuginnen und Zeugen wir täglich durch Hinrichtungen werden.

Amnesty International lehnt die Todesstrafe in ausnahmslos allen Fällen ab, unabhängig von der Natur oder den Umständen eines Verbrechens, der Schuld oder Unschuld oder anderer Eigenschaften der Person oder der Hinrichtungsmethode, die der Staat anwendet.